

Haushaltsrede CDU-Fraktion im Tettninger Gemeinderat

Bernhard Bentele – Fraktionsvorsitzender –

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rist,

Herr Beigeordneter Schwarz,

Herr Stadtbaumeister Kathan,

Frau Kämmerin Schubert und Team,

liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

wir beraten heute den Haushalt 2026 – und damit wieder einen Haushalt, der Tettning vor Herausforderungen stellt.

Wir haben über viele Jahre hinweg zurecht vor allem ein Ausgabenproblem gesehen, da unsere Einnahmen solide waren – dafür waren wir dankbar.

Doch inzwischen zeigt sich ein zweites Thema: Auch auf der Einnahmeseite müssen wir nachsteuern – insbesondere dort, wo Gebühren nicht angepasst wurden. Und tatsächlich müssen wir feststellen, dass überraschend viele Gebühren seit Jahren, teils jahrzehntelang – trotz verbesserter Infrastruktur – nicht angepasst wurden, sodass uns hier wichtige Einnahmequellen fehlen und ein Ungleichgewicht entstanden ist.

Wenn wir den Haushalt nachhaltig stabilisieren wollen, müssen wir künftig beide Seiten – sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen – kritisch betrachten und gezielt angehen.

Der Konsolidierungsprozess begleitet uns nun schon seit einem Jahr. Der Arbeitskreis Finanzen und Steuerung hat intensiv gearbeitet und wichtige Grundlagen geliefert. Aber wir sind noch lange nicht dort, wo wir sein müssten. Die strukturellen Kostensteigerungen sind unübersehbar: gesetzliche Aufgaben nehmen zu; Baukosten steigen; Betriebskosten steigen – und die stetigen Mehrausgaben im Bereich der Pflichtaufgaben (Stichwort Kinderbetreuung, Ganztagesanspruch) engen unsere Handlungsspielräume zunehmend ein. Der Konsolidierungspfad bleibt daher eine Pflicht, keine Option.

Wir haben uns per Beschluss ein Ziel gesetzt, welches wir absehbar mit diesem und den Entwürfen der kommenden Haushalte und den darin enthaltenen Entscheidungen nicht erreichen. Die Höhe der Tilgungen plus 1 Mio. soll ab 2027 über die Finanzrechnung erreicht werden. Davon sind wir noch ein großes Stück entfernt. Wir dürfen nicht lockerlassen. Es sind Entscheidungen gefragt, die Mehrbelastungen für alle bringen müssen.

Uns ist dabei vollkommen bewusst, dass diese Mehrbelastungen für viele Bürgerinnen und Bürger unangenehm sein werden, doch sind diese Mehrbelastungen immer auch abgeglichen mit Nachbarkommunen und bilden teilweise einen Inflationsausgleich über die letzten Jahre.

Manchen Mehrausgaben stehen wir machtlos gegenüber, wie z. B. der wieder steigenden Kreisumlage, die der Kreistag beschlossen hat. Mehrkosten allein in diesem Jahr 600.000 Euro. Im Haushalt 2027 weitere 600.000 Euro jährlich. 1,2 Mio mehr als vergangenes Jahr und das jedes Jahr. Das Ende der Fahnenstange scheint hier noch nicht in Sicht. Wie können wir dieser Entwicklung begegnen?

Beispielhaft die beschlossene Erhöhung der Gebühren für unsere beiden Freibäder wird für jeden Bädle-Besucher deutlich spürbar sein. Dabei ist uns wichtig zu betonen, dass wir uns mit diesen Maßnahmen klar zur Beibehaltung der Freiwilligkeitsleistung der beiden Bäder bekennen – wir könnten es uns einfacher machen und eines der Bäder schließen, doch mit den höheren Gebühren möchten wir den Deckungsgrad erhöhen und weiterhin die Möglichkeit erhalten, beide Bäder für die Bevölkerung offen zu halten.

Wir wollen nicht verschweigen, dass die neue Bundesregierung allen Kommunen einen warmen Geldregen beschert. Die Infrastrukturbeiträge des Bundes und Landes in Höhe von insgesamt 11,3 Mio. Euro zusätzlich sind in unseren Investitionen bereits eingerechnet. Wir schaffen Werte, die von Dauer sind und sind dankbar für diese Zuschüsse. Trotzdem steigen die Schulden bis 2029 laut mittelfristiger Finanzplanung auf über 60 Mio. Euro. Diese Tatsache stellt klar, dass die Tilgungen in der Zukunft stark steigen werden, weil zumeist die ersten Jahre tilgungsfrei bei den kommunalen Krediten beschlossen wurden. Somit bringt uns diese Entwicklung unserem Konsolidierungsziel nicht näher.

All das soll aufzeigen, dass der eingeschlagene Weg richtig ist und Konsolidierung weiterhin angesagt bleibt, um unser gesetztes Ziel zu erreichen. Es wird jeden treffen und die Entscheidungen sind nicht populär.

Besonders deutlich wird die Notwendigkeit beim Personal. Ich möchte betonen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht das Problem sind – im Gegenteil: sie sind, wie Frau Bürgermeisterin Rist es richtig formuliert hat, der Schatz unserer Verwaltung. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Kostenstruktur uns zwingt, genauer hinzusehen. Deshalb fordern und unterstützen wir ausdrücklich den Personalkostendeckel mit einer Besetzungsquote von 90 % der genehmigten Soll- Stellen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir als CDU diesen Deckel bereits 2016, 2017 und 2018 gefordert hatten – leider damals ohne die notwendige Mehrheit im Gemeinderat. Noch zu Bürgermeister Meichles Zeiten war ein Personalkostendeckel bereits das Mittel der Wahl. Heute kehrt der Deckel hoffentlich zurück, und das ist richtig und notwendig. Jetzt erwarten wir jedoch auch, dass endlich das angekündigte Controllingsystem zu den Besetzungsgraden umgesetzt wird. Wir haben die Besetzungsliste vor über einem Jahr

eingefordert. Noch haben wir nichts bekommen. Ein Personalkostendeckel wirkt nur, wenn er gesteuert wird. Und genau hier besteht Nachholbedarf.

Wir sehen im anstehenden **Stellenplan** für 2026 alle Stellen im Rahmen der Steuerungsmöglichkeiten innerhalb des Personalkostendeckels.

Im **investiven** Bereich stehen wir auch 2026 erneut vor großen und wichtigen Projekten:

- Die Sporthalle am Manzenberg wird abgerechnet,
- der Umbau des früheren AVIRA-Gebäudes wird uns noch einige Zeit begleiten und war aus unserer Sicht eine der klügsten, strategischen Entscheidungen der letzten Jahre, da sie mittelfristig Geld spart, obwohl man das nicht sofort sieht...
- Die Nahwärmeversorgung der Stadt wird weiter umgesetzt,
- der Kreisverkehr am Schäferhof,
- die Anbindung zur Kläranlage in Kressbronn,
- die Sanierung der Stadthalle mit der Hoffnung auf Bundesmittel

All das sind Projekte, die wichtig und richtig sind und die Infrastruktur in Tettang nachhaltig verbessern. Aber jedes braucht Priorität und ein realistisches Maß an Bau- und Verwaltungskapazität

Ein Thema liegt uns dabei besonders am Herzen: **die Stadthalle**. Über viele Jahre hinweg wurde uns mit großer Deutlichkeit gesagt, dass die Halle nicht mehr zu retten sei. Entsprechend wurden keine Investitionen mehr vorgenommen, die Nutzung auf 199 Personen begrenzt, und unsere Vereine mussten ihre Veranstaltungen – ob Konzerte, Aufführungen oder Blutspenden – nach Laimnau oder Obereisenbach verlagern. Für viele Tettanger war das ein schmerzlicher Verlust an räumlicher Heimat und städtischer Identität.

Umso überraschender ist es nun, dass eine Sanierung plötzlich doch möglich sein soll – und das sogar mit einem überschaubaren Aufwand. Wir begrüßen diese neue Perspektive sehr und unterstützen die anstehende Wiederinbetriebnahme ausdrücklich. Sie ist ein wichtiges Signal für das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Tettang.

Dennoch bleibt ein großes Fragezeichen, nicht nur in der Öffentlichkeit: Wie kommt diese deutliche Kursänderung zustande, nachdem über ein Jahrzehnt hinweg das Gegenteil vermittelt wurde? Diese Frage stellen wir nicht aus Kritiklust, sondern weil Transparenz wichtig ist – für die Glaubwürdigkeit kommunaler Entscheidungen und für das Vertrauen der vielen Menschen, die die Stadthalle all die Jahre vermisst haben.

Im investiven Bereich beantragen wir zudem, die veranschlagten 48.000 Euro netto für die Bushaltestelle *Seestraße* vollständig aus der Projektliste zu streichen. Dieses Vorhaben ist bislang nicht begonnen worden und stellt aus unserer Sicht derzeit keinen verkehrlichen Mehrwert dar. Für den stadteinwärts fahrenden Bus ist künftig keine Haltebucht mehr vorgesehen, sondern ein Halt direkt auf der Fahrbahn.

Wichtig ist uns dabei auch eine Klarstellung, weil hier leicht Missverständnisse entstehen könnten: Diese Entscheidung hat ausdrücklich nichts mit dem Thema Barrierefreiheit zu tun. Entscheidend ist allein die verkehrliche Situation stadteinwärts.

Das bedeutet auch: Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt eine Planung mit Haltebuchst wieder in Betracht kommen, werden wir dies ggf. neu bewerten. Unser heutiger Antrag ist keine endgültige Absage an Verbesserungen in der Seestraße.

In der **Steuerpolitik**, die wir beeinflussen können, halten wir Kurs: Die CDU hat im Konsolidierungsprozess die Zweitwohnungssteuer gefordert. Wir sehen dies als wirksames Steuerungsmittel um das Wohnungsangebot zu erhöhen bzw. die Einnahmen bei einer Bevölkerungsgruppe zu erhöhen, die es sich leisten kann und die ihre Wohnungen bislang nicht dem Tettlinger Wohnungsmarkt zuführen. Wir haben bei der Zweitwohnungssteuer so viele soziale Ausnahmen gemacht, dass diejenigen, die belastet werden sollen, auch belastet werden.

Bei der Grundsteuer B zeigt sich, dass wir im vergangenen Jahr mit 200 % deutlich zu niedrig lagen, um die geforderte Aufkommensneutralität zu erreichen. Die Verwaltung schlägt nun 247 % vor. Wir als CDU halten das für zu viel und plädieren **mehrheitlich** für einen maßvolleren Satz von **230 %** – eine merkliche, aber vernünftige Steigerung auch für die nächsten Jahre.

Die Grundsteuer A soll aus unserer Sicht unverändert bleiben, und von einer Einführung der Grundsteuer C sehen wir ab.

Bei der Gewerbesteuer stehen wir in gewohnter Weise klar: Der **Hebesatz bleibt bei 350**. Die veranschlagten **19,5 Millionen Euro** als Betrag sind realistisch.

Im Bereich Gebühren sind die beschlossenen und teilweise überfälligen Anpassungen im Haushalt enthalten. Beispielhaft zu nennen sind die Gebühren für die Schulkindbetreuung, die Ferienbetreuung, die Obdachlosenunterbringung etc. Sie sind notwendig, auch wenn sie unangenehm sind. **Kostendeckung** zu erhöhen ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage solider Haushaltsführung.

Zum Schluss kommen wir zusammenfassend nochmal zu unseren konkreten Anträgen. Die CDU beantragt **erstens**, den Hebesatz der Grundsteuer B bei **230 %** festzulegen und nicht dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und **zweitens** die Kosten von netto 48.000,- für die Bushaltestelle Seestraße aus der Projektliste zu **streichen**.

Zudem auch an dieser Stelle unser ausdrücklicher Dank an Frau Schubert, Frau Bentele und Frau Dollmann sowie das gesamte Team der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushalts, die Beantwortung unserer Fragen und die Geduld mit uns im laufenden Konsolidierungsprozess.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt ist herausfordernd. Aber er ist ehrlich. Und er zwingt uns, Verantwortung zu übernehmen.

Wir bedanken uns auch bewusst bei allen Bürgerinnen und Bürgern für das Verständnis für diese Maßnahmen und die Bereitschaft, diesen Weg mitzugehen. Kommen Sie gerne auch mit uns in den konstruktiven Dialog.

Vielen Dank.